

**Landtagswahl
2013**

Jugendliche fragen Kandidaten

Am 20. Januar wird ein neuer Landtag gewählt. Auf Einladung unserer Zeitung stellen sich Spitzenkandidaten den Fragen junger Menschen. Bei der ersten Jugendpressekonferenz trafen gestern Anja Piel von den Grünen und Meinhart Ramaswamy von der Piratenpartei aufeinander. Die Veranstaltung mit 90 Auszubildenden und Schülern moderierte Michael Ahlers.

„Wir müssen den Druck aus der Schule nehmen“

Spitzenkandidaten von Grünen und Piratenpartei sind sich in vielen Fragen einig – Ramaswamy sieht Chancen für Zusammenarbeit mit SPD

Zwei Stunden lang stellten die Jugendlichen bei der Jugendpressekonferenz den Spitzenkandidaten von Grünen und Piratenpartei sehr viele Fragen. Hier eine Auswahl:

Florian Thielebörger, Auszubildender bei VW Financial Services: Die Grünen haben versprochen, die Studiengebühren abzuschaffen – halten Sie das Versprechen?

Anja Piel: Wenn wir es am 20. Januar schaffen, in die Regierung zu kommen, dann sitzen wir da ja nicht allein. Wir müssen den Wählern ehrlich sagen, was wirklich zu schaffen ist. Niedersachsen gehört zu den letzten beiden Bundesländern, die noch Studiengebühren haben, und die gehören abgeschafft. Wir müssen die Abschaffung schnellstmöglich hinbekommen, aber es muss auch gegenfinanziert werden. Das wird Thema in Koalitionsverhandlungen sein.

Lars Schulmeister, Auszubildender bei VW-Financial Services: Was tun Sie, damit auch jüngere Menschen in den Landtag kommen?

Meinhart Ramaswamy: Bei uns sind auch sehr viel jüngere Menschen auf den Listen. Und wir wollen, dass das aktive und das passive Wahlrecht abgesenkt werden. Abgeordnete mit 14 Jahren, das wäre sicherlich zu früh. Aber wir fördern es, so gut wir können, dass junge Menschen in die Politik kommen.

Piel: Wir stellen mit Jan-Philipp Albrecht den jüngsten Europa-Abgeordneten. Auch wir haben sehr junge Leute auf unseren Listen. Für meinen Geschmack könnte es noch ein paar mehr junge Frauen geben.

David Höft, Schule für Heilerziehungspflege Neuerkerode: Warum sind die ganzen Endlager hier bei uns in der Nähe? Und auch die Energie- und auch die Energieverbindungen mit den großen neuen Stromtrassen findet zum Großteil im Norden statt – warum?

Piel: Wir als Grüne haben das Endlagerproblem geerbt. Weil wir hier Zonenrand waren und weil wir hier Salzstöcke haben, die damals als gute Endlagermöglichkeit galten, sind hier Endlager hergekommen wie die Asse oder das Projekt Gorleben. Jetzt will Bundesumweltminister Altmaier die Endlagersuche in die Hand nehmen. Wir sollten eine ergebnisoffene Suche starten, aber der Regierung geht es darum, Gorleben weiter zu erkunden. Und zu den Stromtrassen: Ich glaube, dass die Energieversorgung mehr dezentral organisiert werden muss – dann brauchen wir auch nicht diese gigantischen Stromtrassen in den Süden. Und die Bayern können auch mal die Windenergie ausbauen.

Ramaswamy: In vielen Ansichten stimmen wir da mit den Grünen überein. Aber bei denen spricht sich Herr Trittin nicht unbedingt für dezentrale Energieversorgung aus. Wir wollen darüber hinaus, dass eine dezentrale Energieversorgung in kommunaler und Bürgerhand ist – sie sollte nicht in erster Linie kommerziellen Gesichtspunkten unterliegen.

David Werner von der Eichendorffschule in Wolfsburg: Sie wollen eine Schulreform, wie genau soll die aussehen?

Piel: Ich glaube, dass das Turbo-Abi keinen großen Nutzen gehabt hat. Mein Sohn hat 36 Wochenstunden und muss dann noch 20 Stunden fürs Lernen und Hausaufgaben oben



Die Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, Meinhart Ramaswamy von der Piratenpartei und Anja Piel von den Grünen, diskutieren auf Einladung unserer Zeitung mit 90 Schülern und Auszubildenden im Braunschweiger Pressehaus. Fotos: Rudolf Fletjce

drauflegen. Dass würde mancher Arbeitnehmer nicht mit sich machen lassen. Die Politik müsste also, wenn man solch eine Reform macht, erst die Lehrpläne entrümpeln. Warum berücksichtigt man bei solch einer wichtigen Frage nicht die Wünsche der Schüler und Eltern? Wenn solche Befragungen ergeben, dass 13 Jahre Schule besser sind als 12, dann muss man die 13 Jahre wieder einführen. Ich finde, dass man sich nicht mit einem Billigmodell wie der Oberstufe durchschummeln kann.

Katharina Paul aus Braunschweig, Auszubildende bei VW in Wolfsburg: Wäre es besser, die Schulpolitik in Deutschland einheitlicher zu gestalten?

Ramaswamy: Wir setzen uns für ein möglichst vielfältiges Schulwesen ein. Es ist daher gut, dass die Schulpolitik Ländersache ist. Wir sind über Jahrzehnte gut damit gefahren, dass es unterschiedliche Schulsysteme gibt. Aber uns ist wichtig, den Druck aus der Schule rauszunehmen. Wir wollen die Integrierte Gesamtschule (IGS) als Normalschule. Ich habe sieben Kinder in verschiedensten Schulformen gehabt. Der Druck ist immer größer geworden in der Schule, die Qualität der Bildung hat sich nicht erhöht.

Piel: Über den Föderalismus in der Bildung kann man geteilter Meinung sein. Es spricht einiges dafür, durchgängige Standards einzuführen. Dass die IGS die Regelschule ist, wäre auch mein Wunsch, aber das ist derzeit noch nicht die Meinung aller Eltern und Schüler. Sinnvoll ist es, dafür zu sorgen, dass das Niveau der Schule grundsätzlich gehoben wird und Schüler mehr Mitsprachemöglichkeiten erhalten.

Ingo Roski, Schule für Heilerziehungspflege Neuerkerode: Wie stehen Sie zur Inklusion und was tun Sie dafür?

Piel: Die Aktionspläne zur Inklusion, also zur gemeinsamen Unterbringung behinderter Kinder nicht behinderten, die die UN fordert, sind noch nicht weit genug ausgearbeitet. Es muss Aktionspläne vor Ort geben, etwa mit dem Ziel, Barrierefreiheit herzustellen. Da ist in anderen Ländern schon viel mehr passiert. Innerhalb der Partei machen wir eine ganze Menge: Zusammen mit dem Büro für einfache Sprache arbeite ich gerade an einem Wahlprogramm in einfacher Spra-



Michelle Monique Runge, Auszubildende bei der Öffentlichen Versicherung, will mehr Gerechtigkeit in der Bildung.

che, das macht sehr viel Spaß.

Ramaswamy: Wir dürfen nicht nur von Barrierefreiheit sprechen. Es gibt auch Menschen, die schlecht hören oder sehen. Auch hier muss noch sehr viel passieren. Wir müssen wesentlich mehr Geld in diese Bereiche stecken, sonst gibt es keine echte Wahlfreiheit bei Schulen.

Michelle Monique Runge, Auszubildende bei der Öffentlichen Versicherung: Oberstufenschüler bekommen keine Fahrkarte mehr bezahlt – ist es nicht eine große Bildungsbarriere, wenn junge Leute nur deshalb eine Ausbildung machen, weil sie sich das Abi nicht leisten können?

Piel: Hier muss Abhilfe geschaffen werden, wir sehen dieses Problem. Wenn wir für Oberstufenschüler die Fahrtkosten übernehmen, müssen wir das für die Auszubildenden aber auch tun. Auch die Lehrmittel sind ein großer Posten, der vielen Familien Probleme bereitet: Selbst wer seine Schulbücher gebraucht kauft, gibt viel Geld aus. Schülerbeförderung und Lehrmittelfreiheit sind wichtige Themen für uns.

Katja Hilmer von der Heilerziehungspflege-Neuerkerode: Wie wollen Sie es attraktiver machen, dass Menschen Kinder kriegen? Ich habe ein Kind unter drei. Es ist oft ein riesiger Aufwand, arbeiten zu gehen und auch ein Kind zu betreuen.

Ramaswamy: Das ist eine Mammutaufgabe für uns alle. Wir hatten viele Kinder zu Hause und mussten auf ganz vieles verzichten. Dass jeder das Anrecht auf einen Krippenplatz hat, ist auch wichtig, um mehr Frauen in die Politik holen zu können. Viele Aufgaben sind in diesem Bereich



Ingo Roski von der Schule für Heilerziehungspflege der evangelischen Stiftung Neuerkerode stellt eine Frage zur Inklusion.

wenn etwas passiert.

Ramaswamy: Es gibt Kernthemen bei uns: Freier Zugang zum Internet, Dezentralisierung, erneuerbare Energien. Ich bin nicht der Meinung, dass wir uns wirklich zu allen Themen äußern müssen, wie es immer wieder gefordert wird. Aber wir haben uns übrigens sehr früh gegen Atomenergie ausgesprochen. Die Anti-Atom-Piraten recherchieren sehr viel zum Thema Atomenergie und zu Störfällen – und bearbeiten auch Aspekte, die nicht gerade in aller Munde sind.

Lars Schulmeister: Welche Koalition wünschen Sie sich denn?

Ramaswamy: Wir haben gesagt, wir wollen einen Regierungswechsel. Das geht rechnerisch nur mit Rot-Grün. Mit sechs Prozent oder mehr, wovon ich immer noch ausgehe, haben wir die Möglichkeit, mitzureden. Ich glaube, dass die SPD für eine Große Koalition sehr offen ist, aber das wäre für das Land nicht gut. Wenn die Zahlen es hergeben, dann würden wir zumindest über eine Zusammenarbeit mitverhandeln.

SERVICE

Die Landtagswahl in unserer Zeitung Wir verstehen uns als Anwalt der Leser, nicht als Botschafter der Parteien.

- Darum werden wir die Parteiprogramme in die Praxis übersetzen.
- Wir werden die Wahlaussagen der Politiker und Parteien überprüfen – was wurde versprochen und was gehalten? Unsere Leser werden die Spitzenkandidaten befragen – wie auf dieser Seite geschehen.
- Wir werden erklären, wie die Landespolitik funktioniert – was tut die Regierung, was entscheidet das Parlament?

Reden Sie mit

- Wir beziehen die Leser in die Berichterstattung umfassend ein.
- In unseren Leserforen können Sie über die Themen Bildung, Verkehrspolitik und innere Sicherheit mitdiskutieren.
- Wir beantworten Ihre Fragen zur Landtagswahl. Mailen Sie an antworten@bzv.de oder faxen Sie an (05 31) 3900-319.

Redaktion: Uwe Hildebrandt

Sehen Sie mehr
Ein Video, eine Bildergalerie und einen längeren Text sehen Sie auf braunschweiger-zeitung.de